

ASYLARBEITSKREIS HEIDELBERG e.V.

*Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende
Help for refugees and asylum seekers*



Tel. 06221/182797 Fax: 06221/588597
E-mail: Asylarbeitskreis-Heidelberg@t-online.de
www.asyl-heidelberg.de

Asylarbeitskreis Heidelberg e.V., Plöck 101, 69117 Heidelberg

An den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg
Herrn Winfried Kretschmann
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Heidelberg, den 04.04.2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

wir sind schockiert darüber, dass Deutschland aufgrund der Corona-Pandemie keine Flüchtlinge mehr aufnimmt! Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen, die aufgenommen werden sollen, ist verschwindend gering. Die Aufnahme der durch die Gefahr des Corona-Virus mit schweren Erkrankungen und mit dem Tod bedrohten Geflüchteten aus den Lagern in Griechenland halten wir im Sinne humanistischer und christlicher Tradition für eine Selbstverständlichkeit.

Wir leben derzeit alle in einem Ausnahmezustand und werden täglich dazu angehalten, uns solidarisch mit den besonders Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft zu verhalten. Solidarität aber kennt keine Grenzen. Gerade jetzt ist es unsere Pflicht, uns um die extrem Schutzbedürftigen zu kümmern!

Die Lage eskaliert in den griechischen Flüchtlingslagern, an der türkisch-griechischen Grenze ebenso wie an der syrisch-türkischen Grenze. Menschen sind verzweifelt, leben im Nichts, bar jeglicher Grundversorgung, mit der Angst vor Covid-19 – und wir alle schauen tatenlos zu. „Ärzte ohne Grenzen“ fordert seit Mitte März die sofortige Evakuierung der Flüchtlinge aus den griechischen Lagern, weil die Lebensbedingungen dort ein idealer Nährboden für Covid-19 sind. Verharren wir weiter im Zuschauen und Nichtstun, werden wir uns verantworten müssen für den Tod unzähliger Menschen – und vor nachfolgenden Generationen, die uns die Frage stellen werden, warum wir nichts unternommen haben.

Wir, der Asylarbeitskreis Heidelberg, fordern Sie deshalb dringend auf, umgehend ein Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Gang zu setzen! Sie haben dies erfolgreich 2015/16 für 1.000 verfolgte Jesidinnen geschafft. Damals gab es keinen EU-Beschluss zur Aufnahme von Jesidinnen, dennoch sind Sie tätig geworden. Warum nicht auch jetzt?

ASYLARBEITSKREIS HEIDELBERG e.V.

*Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende
Help for refugees and asylum seekers*

Liegt es an Ihrem Koalitionspartner? – Dann bitten wir Sie zu sehen, dass die Grünen in keinem Bundesland so stark sind wie hier. Wo, wenn nicht hier, sollten sich die Grünen mit ihrem menschenrechtlichen Anspruch durchsetzen?

Wir haben gehört, dass das Bundesinnenministerium bisher noch kein von einem Bundesland initiiertes Landesaufnahmeprogramm abgelehnt habe. Damit die Länder – und damit dann auch die aufnahmewilligen Kommunen - in Zukunft noch sicherer sein können, eine solidarische Politik in Bezug auf die Aufnahme von Geflüchteten umsetzen zu können, bitten wir Sie, sich darum zu bemühen, dass Ihr Koalitionspartner Sie unterstützt in der Abstimmung im Bundesrat, wenn es um die Bundesratsinitiative zur Änderung des Paragraphen 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz (das Einvernehmen mit dem BMI in Benehmen verwandeln) geht.

Das Land würde bei der Flüchtlingsaufnahme eigenständiger als bisher agieren können und die zahlreichen aufnahmebereiten Städte dürften endlich Flüchtlinge aufnehmen. Wir verweisen auch auf das von EU-Parlamentarier Erik Marquardt in Auftrag gegebene Rechtsgutachten, welches feststellt, dass den Bundesländern ein substantielles Recht zusteht, Flüchtlinge aus humanitären Gründen eigenständig aufzunehmen.

Sehr geehrter Herr Kretschmann, wir erleben gerade einen eklatanten Werteverfall, denn alles, was derzeit in Griechenland und an der Grenze zu Griechenland geschieht (Refoulement, Kollektivausweisung, Abschiebung ohne Asylverfahren, die Aussetzung des Asylrechts, der Einsatz von Waffen gegen Flüchtlinge), verstößt gegen internationales Völkerrecht, das Europarecht, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention. Darüber hinaus hat der Beschluss der EU-Kommission und damit einhergehend die Entscheidung der Bundesregierung, die Aufnahme Geflüchteter auszusetzen, einen hohen Preis: Menschenleben und das Fundament der EU, die Humanität.

Es darf nicht sein, dass sich unsere Politiker*innen kollektiv gegenseitig die Unmöglichkeit zum Handeln bestätigen und weiterhin Zeit vergeht, in der Menschen unendlichem Leid ausgesetzt sind. Wir erwarten von allen Verantwortlichen, von allen Politikern und Politikerinnen deutlich mehr Einsatz als bisher! Alles andere führt uns in barbarische Zeiten und in ein Europa, das zunehmend zur „Festung“ wird.

Sehr geehrter Herr Kretschmann, Sie werden bundesweit und parteiübergreifend als politische und moralische Persönlichkeit hoch geschätzt. Nutzen Sie Ihren Einfluss, handeln Sie! Das Land Baden-Württemberg muss ein klares humanitäres Zeichen setzen, indem es großzügig Menschen, die sich in höchster Not befinden, aufnimmt und ihnen ein Leben in Sicherheit und Würde bietet!

Mit freundlichen Grüßen

Mia Lindemann, Vorsitzende